

Über den Umgang mit Geld

Es gehört zu den markantesten Eigenschaften des Geldes, dass man nie genug davon hat. Es gibt wohl kaum einen Menschen, der nicht etwas mehr gut gebrauchen könnte. Die permanente Knappheit des Geldes zwingt aber andererseits zu sinnvollem Wirtschaften, und irgendwie gelingt das der überwältigenden Mehrheit der Menschen auch.

Bei den Regierungen sieht es diametral anders aus: Die Bundesregierung und alle Landesregierungen kommen mit dem (dem Bürger abgenommenen) Geld nicht aus. Man ist schon stolz darauf, wenn „die Höhe der Neuverschuldung von einem Jahr auf das Folgende nicht gestiegen ist“. Mathematisch formuliert heißt das, dass man froh ist, wenn die 2. Ableitung der Schulden nach der Zeit nicht auch noch positiv ist.

Es gibt ein Gefälle, das zu denken geben sollte: Der Bund ist fast rettungslos verschuldet, bei einigen Ländern gibt es kleine Anzeichen der Hoffnung auf Besserung, und es gibt eine ganze Reihe von schuldenfreien Gemeinden (größere Städte sind nicht darunter). Und da einzelne Menschen fast alle sehr verantwortlich mit ihrem Geld umgehen, ist die These nahe liegend: Je kleiner die Einheit und je heftiger betroffen der Verwalter des Geldes persönlich ist, desto besser wirtschaftet er.

Das Handeln der Politiker ignoriert diese These nicht nur, es gibt sogar einen verhängnisvollen Trend, dem Bürger den verantwortungsvollen Umgang mit Geld nicht zuzutrauen. Die Folge sind immer mehr zentrale Entscheidungen, wohin das dem Bürger abgenommene Geld zu fließen hat.

An den staatlichen Hochschulen sieht die Situation ähnlich aus: Immer zu wenig Geld (normal), Ansprüche immer zu hoch (auch normal), gewaltige Skepsis, dass man dezentral in nachgeordneten Einheiten überhaupt mit Geld umgehen kann (völlig unbegründet), immerhin dürfen Hochschulen keine Schulden machen (ein Segen). Bis vor wenigen Jahren war es mit der „kameralistischen Haushaltsführung“ noch viel schlimmer: Das Geld lagerte in zentralen Töpfen (jeder Topf mit einer Beschriftung, wofür es bestimmt war), und nur über Anträge (aufsteigender Haushalt) kam man an die Gelder, die im absteigenden Haushalt (zweckgebunden) restriktiv zugewiesen wurden, dann aber unbedingt im laufenden Haushaltsjahr ausgegeben werden mussten („Novemberfieber“).

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre führte das Land Hamburg für die Hochschulen den „Globalhaushalt“ ein, ein gewaltiger Vorteil: Die Vorsortierung der Mittel auf spezielle Töpfe entfiel, sparsames Wirtschaften wurde belohnt, gesparte Gelder verfielen nicht mehr. Hamburg war damit Vorreiter in Deutschland mit dem bemerkenswerten Ergebnis, dass die Hochschulen es weitgehend ablehnten, die gewährten Freiheiten zu nutzen. Sie machten weiter das, was sie immer gemacht haben und wohl auch am besten können: Die Hochschulen jammern, pflügen nach wie vor die alten Formen der ineffektiven Haushaltsführung, es gibt mehr Anreize zur Geldverschwendung als zur Sparsamkeit, das Novemberfieber, das vorübergehend verschwunden war, grassiert wieder.

Die Gründe, warum die Hochschulleitungen so verfahren, liegen auf der Hand: Mit zentral verwalteten Geldern kann man die nachgeordneten Einheiten besser steuern, denn auch auf dieser Ebene ist man offensichtlich zutiefst davon überzeugt, besser zu wissen, was für andere gut ist. Der Autor dieser Zeilen hat sich jedoch oft gefragt, warum die Betroffenen sich das nicht nur gefallen ließen, sondern sogar sehr zufrieden damit waren, und kam schließlich zu folgendem Ergebnis: Globale Zuweisung frei verfügbarer Mittel zwingt zu eigenem verantwortungsbewussten Handeln, Schuldzuweisungen „an die da oben“ laufen ins Leere, und gut gepflegte Beziehungen oder besonders theatralisches Jammern nützen auch nichts.

Exemplarisch für die Hamburger Hochschulen mag das Bild der Universität sein, das diese im ersten Halbjahr 2007 in der Presse abgab: Neben der Schlagzeile „Fakultäten verlieren ihre Rücklagen“ (sparsames Wirtschaften wurde bestraft) fiel das wöchentliche öffentliche Jammern der Universitätspräsidentin über zu geringe Mittel auf. Doch wo eigentlich eine Belehrung über die Regeln des Globalhaushaltes angebracht gewesen wäre, überraschte im September die Schlagzeile: „37 Millionen extra für die Uni“. Die alte kameralistische Verhaltensregel „Oh, Geld, schnell ausgeben und weiterjammern“ hat auch im Jahre 2007 wieder zum Erfolg geführt.

Liebe Studenten, zum Schluss ein Wort an Sie: Sie bezahlen jetzt für das Studium. Die 500 Euro pro Semester sind zwar nur ein kleiner Beitrag zu den Gesamtkosten. Die aber werden dominiert von Kosten,

die nach wie vor vom Steuerzahler beglichen werden. Nur ein recht kleiner Teil der verfügbaren Gelder stand bisher für den Bereich zur Verfügung, der ihre täglichen Erfahrungen und Probleme unmittelbar berührte (Ausstattung der Labore, Zustand der Räume, Tutoren, Exkursionen, ...). Genau dieses Geld hat sich aber durch die Studiengebühren vervielfacht. Fragen Sie nach, wo das Geld bleibt! Fragen Sie, wie viel von Ihren Gebühren dort (im Department) ankommt, wo Sie täglich sind und wo man am besten weiß, wofür man es ausgeben müsste, um Ihre Studienbedingungen zu verbessern. Diese Verbesserungen müssen spürbar sein, deutlich!



Prof. Dr.-Ing. habil. Jürgen Dankert, der Autor dieses Beitrags, war von 1998 bis 2004 Dekan des Fachbereichs M+P und koordinierte im Jahre 2005 die Veranstaltung „100 Jahre Ingenieurausbildung in Hamburg“.